

Kebschull, Dietrich

Article — Digitized Version

## Schiller unter Zugzwang?

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Kebschull, Dietrich (1970) : Schiller unter Zugzwang?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 50, Iss. 5, pp. 278-279

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134115>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Schiller unter Zugzwang?

**W**ie sich die Zeiten ändern. Professor Karl Schiller – gestern noch „Mann des Jahres“ und Wahllokomotive seiner Partei – steht plötzlich im Mittelpunkt heftiger Auseinandersetzungen. Nicht nur die oppositionelle CDU/CSU hat sich vor den fünf wichtigen Landtagswahlen auf ihn eingeschossen, auch in der eigenen Partei mucken die Genossen gegen ihn auf. Regierungssprecher mußten bereits vor der Presse dementieren, daß sein Rücktritt schon beschlossene Sache sei.

Der Mann, der die Bundesrepublik aus der bisher schwierigsten Rezessionsphase nach dem Kriege mit viel Geschick herausführte, muß sich heute vorhalten lassen, daß ihm „nicht nur die Preise, sondern auch die Staatssekretäre weglauten“ (Bild). Der Erfinder des Schlagwortes von der wirtschaftlichen „Talsole“ befindet sich in der Gefahr, politisch selbst in eine tiefe Talsole abzurutschen.

Tatsächlich hat er seit seiner Wiederankurbelung der Wirtschaft wenig Fortune gehabt. Seine Pläne zur Aufhebung der Preisbindung der zweiten Hand blieben in den Stolperdrähten der Lobby hängen. Die Aufwertung wurde zu lange hinausgezögert, und die flankierenden Maßnahmen zur Eindämmung der überbordenden Nachfrage wurden von der eigenen Partei unterminiert. Auch die großangekündigte Fusionskontrolle droht mehr und mehr zum faulen Kompromiß zu werden.

Während der Minister – verärgert und erschöpft – einen mehrwöchigen Kurzaufenthalt antrat, geben nun andere beruhigende Erklärungen für ihn ab. Der Kanzler selbst sprach in Hannover vor den führenden Vertretern der deutschen Industrie, und Schillers Staatssekretär Arndt versuchte die Wogen im Parlament zu glätten. Das Münchner Ifo-Institut und das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin wurden von ihm als Kronzeugen dafür herangezogen, daß die Konjunktur in absehbarer Zeit wieder in ruhigeren Bahnen verlaufen wird. Auch der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes – Poullain – fühlte sich offensichtlich verpflichtet, sein Vertrauen zur gegenwärtigen Wirtschaftspolitik zu bekunden und den Minister gegen die immer heftiger werdenden Angriffe sachlich in Schutz zu nehmen. Doch all das genügte nicht, um den negativen Eindruck von der Schillerschen Wirtschaftspolitik auszulöschen. Drei der fünf großen Wirtschaftsforschungsinstitute glauben ebenso wie die Mehrzahl der Unternehmen nicht an eine kurzfristige Beruhigung. Und der Sachverständigenrat sah sich sogar zu einem sechs Seiten langen Brief veranlaßt, in dem er die konjunkturpolitische Abstinenz der Regierung rügte.

Angesichts der für deutsche Verhältnisse ungewöhnlichen Preissteigerungen in den letzten Monaten ist der Ruf nach schnell wirkenden Bremsmaßnahmen durchaus verständlich. Insbesondere da die Gewerkschaften im Augenblick kaum bereit sein dürften, auf ihre lange hinausgezögerten Lohnforderungen ernsthaft zu verzichten. Es nützt dem Minister in dieser Situation nicht viel, das Feld der Bundesbank zu überlassen und immer wieder auf die – angeblich ausschließlich von der CDU/CSU verschuldete – verspätete Aufwertung hinzuweisen. Denn abgesehen davon, daß die breite Öffentlichkeit lieber einen kämpfenden als einen zaudernden Minister sieht, verliert dieses Argument durch seine allzu häufige Wiederholung zusehends an Wirkung. Es scheint wenig sinnvoll, hier eine „Dolchstoßlegende“ entstehen zu lassen, die allenfalls auf den fehlenden wirtschaftspolitischen Sachverstand einiger Politiker zurückzuführen ist. Aufgabe des wirtschaftspolitisch versierten Ministers – der früher seinen Kollegen gern bescheinigte, daß sie „ihren Keynes auch ganz gut gelernt hätten“ – wäre es jetzt, die geeigneten Gegenmaßnahmen zu finden und einzusetzen.

Diesem Ziel sollte die konzertierte Aktion dienen – der Versuch, alle wichtigen wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger an einem Tisch zu versammeln, an ihre Verpflichtungen gegenüber dem Gemeinwohl zu appellieren, um so die gesamtwirtschaftlichen Ziele zu erreichen. Doch diese Aktion erfordert immer wieder das Zurückstecken von Einzel- und Verbandsinteressen gegenüber einer anonymen Gemeinschaft. Da man aber den in diesem Falle immer notwendigen Sieg der Vernunft – bei den bekannten menschlichen Verhaltensweisen – nicht ohne weiteres unterstellen kann, hängen Erfolg und Mißerfolg des Konzerts nicht nur von dem Dirigenten und seinem Orchester ab, sondern auch von den möglichen Druckmitteln, die er gegen eventuell unwillige und ausscherende Mitglieder anwenden kann.

Lange Zeit verfügte Schiller über dieses wichtige Druckmittel. Der Unterstützung der Gewerkschaften gewiß, hatte er gegen die Unternehmen ohne Preisdisziplin immer einen „Pfeil im Köcher“ – die Drohung mit der Aufwertung. Aber im Gegensatz zu dem von seinem großen Namensvetter gerühmten Meisterschützen Tell versäumte er, vor dem schließlich unvermeidlichen Schuß einen zweiten Pfeil einzustecken. Seit Oktober 1969 steht die konzertierte Aktion deshalb nicht mehr unter Druck. Die Erhardschen Maßhalteappelle haben dem Motto „Seid nett zueinander“ Platz gemacht. Der Aktionsspielraum des Ministers ist nach der Aufwertung kleiner geworden. Aber ihm bleibt immer noch das Stabilitätsgesetz, das Erhard – nach Bekundungen der Springer-Blätter – nicht hatte! Bleibt es ihm wirklich?

Schon die kurzen Erfahrungen mit diesem vielgerühmten „Supergesetz“ haben deutlich erkennen lassen, daß es sich nur begrenzt einsetzen läßt. Selbst erfahrenen Konjunkturbeobachtern fällt es nämlich nicht leicht festzustellen, wann sich ein Boom oder eine Rezession so stark bemerkbar macht, daß die vorgesehenen Maßnahmen angewendet werden sollten. Und selbst wenn darüber Einigkeit bestände – gegenwärtig ist das nicht der Fall –, rangieren politische Zweckmäßigkeitsüberlegungen nicht selten vor wirtschaftspolitischem Kalkül. Das gilt in erster Linie für die Möglichkeit der Steuererhöhungen, die vor den wichtigen Stichwahlen völlig ausscheidet – aber auch für eine Aufhebung von Sonderabschreibungen u. ä. Klar sein dürfte im Moment allein, daß Steuererleichterungen unsinnig wären und daß die lange geplante Steuerreform für die Konjunkturpolitik kaum grundlegende Änderungen schaffen wird. Auch die Haushaltspolitik eignet sich – trotz ihrer Einbeziehung in das Stabilitätsgesetz – nicht zur Konjunktursteuerung. In ihrer gegenwärtigen Konzeption kann sie – auch mit Konjunkturausgleichsrücklagen und Ausgabenbeschränkungen – allenfalls neutral wirken. Und selbst dann besteht immer die Gefahr, daß dabei die wachstumsnotwendigen Investitionsausgaben der öffentlichen Hand zu stark beschnitten werden.

Jedem wirtschaftspolitisch einigermaßen Geschulten wird es daher unerfindlich bleiben, warum die von Schiller geplanten Steuervorauszahlungen (die sich übrigens nur wenig von den Steuergutscheinen der CDU unterscheiden) in Bonn nicht auf Gegenliebe stießen. Wenn überhaupt eine Möglichkeit besteht, die überschäumende Nachfrage zusätzlich zu bremsen, so liegt sie hier. Ob dagegen die immer wieder empfohlene und politisch offensichtlich leichter realisierbare Volksanleihe diese Wirkung haben wird, scheint zumindest zweifelhaft. Denn einmal ist nicht voraussehbar, ob sie zu wirklich zusätzlicher Ersparnis führt, und zum anderen bleibt auch die Frage ungeklärt, ob der in einem Jahr zu erwartende zusätzliche Konsumstoß bei ihrer Rückzahlung konjunkturpolitisch vertretbar sein wird.

Wenn insofern nur wenig Spielraum für wirtschaftspolitische Stabilisierungsmaßnahmen besteht, so scheint doch der Hinweis angebracht, daß die Preiserhöhungen der letzten Monate noch kein Grund zur Panik sind. Man sollte bei der Verherrlichung der Stabilisierungsidee immer bedenken, daß jede zu starke Bremsung zum Verlust der Vollbeschäftigung führen kann und jede erfolgreiche Preisniveaustabilisierung neue Aufwertungen heraufbeschwört, solange das Ausland weiterhin mit gleichem Tempo inflationiert. Ein Minister, der unter dem Druck der Öffentlichkeit oder derjenigen, die sich dafür halten, überstürzt handelt, wäre daher sicher nicht von Nutzen – ebensowenig wie ein Minister, der gar nicht handelt.

*Dieterich Keschull*